

Beschluss des Landrats vom 14.12.2022

Nr. 1914

26. Velostrassen für den Kanton Baselland 2022/305; Protokoll: ama

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat wolle das Postulat entgegennehmen.

Andi Trüssel (SVP) spricht sich im Namen der SVP-Fraktion klar gegen die Überweisung des Postulats aus. Man vermutet, dass mit dem Anliegen ein schleicher Prozess wie in der Stadt Zürich eingeleitet werde, welcher schliesslich zur Devise: «Freie Fahrt für freie Velofahrer!» führen werde. Velofahrerinnen und Velofahrer bezahlen aber gerade eben nichts für die von ihnen genutzte Infrastruktur. Erst wenn diese einen namhaften Beitrag an die millionenschwere Infrastruktur leisten, könnte ein Anliegen, wie es mit dem Postulat vorliegt, allenfalls geprüft und unterstützt werden.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) betont, der Begriff «Velostrassen» könnte den Eindruck entstehen lassen, es würden neue Strassen gebaut. Dem ist jedoch nicht so. Es geht lediglich um ein neues Strassenregime. Heute wurde in den Quartieren vielerorts der Rechtsverkehr wieder eingeführt. Entsprechend muss in Nebenstrassen an jeder Verzweigung abgebremst werden, um den Verkehrsteilnehmenden von rechts den Vortritt zu gewähren. Oftmals führt diese Regelung zu kniffligen Situationen, weil sich viele Leute bei einer geraden Strecke durch ein Quartier auf einer Hauptstrasse wähnen und nicht abbremsten. Nun besteht aufgrund der vom Bundesrat per 1. Januar 2021 revidierten Verkehrsregeln- und Signalisationsverordnung schweizweit die Möglichkeit, bestimmte Strassenabschnitte als sogenannte Velostrassen zu bezeichnen. Velofahrende, aber auch Autofahrerinnen und Autofahrer, sind auf einer Velostrasse gegenüber den einmündenden Quartierstrassen vortrittsberechtigigt. Im Kanton Basel-Stadt wurde das neue Verkehrsregime bereits erfolgreich geprüft. Es kam zu weniger Unfällen und Personen, welche ihren Arbeitsweg per E-Bike zurücklegen, kommen flüssiger vorwärts. Im Leimental wurde ebenfalls ein Versuch durchgeführt; die Erfahrungen seien positiv. Erika Eichenberger Bühler bittet ihre Kolleginnen und Kollegen daher darum, das vorliegende Postulat zu überweisen.

Peter Hartmann (Grüne) wohnt in Muttenz und bezahlt dort Steuern. Damit leistet er auch einen Beitrag an die Finanzierung der Gemeindestrassen-Infrastruktur. Die Aussage, dass sich Velofahrerinnen und Velofahrer nicht an den Kosten für die Strasseninfrastruktur beteiligen, ist also klar falsch.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion folge der Regierung und wolle das Postulat überweisen. Es handelt sich um ein für die Gemeinden wichtiges Thema und es soll Klarheit über das weitere Vorgehen geschaffen werden. Genau dies ist das Anliegen des Postulats. Es soll geprüft und berichtet werden, wie die Gemeinden vorzugehen haben.

Reto Tschudin (SVP) ergänzt seitens SVP-Fraktion, der Widerstand gegen die Überweisung des Postulats ergebe sich nicht allein aufgrund finanzieller Argumente, sondern auch deshalb, weil die Rechtsvortrittsregelung ausgehebelt werden soll. Sowohl mit dem Velo als auch mit dem Auto kann diese Regel als mühsam empfunden werden, jedoch ist es nicht im Sinne des Gesetzgebers, dass Velofahrerinnen und Velofahrer den Rechtsvortritt missachten dürfen. Es besteht eine Hierarchieproblematik der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, welche nicht mit einer direkten

Velospur umgangen werden soll. Auch die Einführung von Velostrassen würde weiterhin zu gefährlichen Manövern führen. Über die Rechtsvortrittsregelung könnte zwar diskutiert werden, es obliegt jedoch nicht dem Landrat, den Gemeinden diesbezügliche Vorschriften zu machen. Aus den genannten Gründen ist eine Überweisung des Postulats nicht angezeigt.

Felix Keller (Die Mitte) sagt, die Mitte/glp-Fraktion wehre sich nicht gegen den Vorstoss. Trotz der Vorteile der Velostrassen führen diese auch dazu, dass der Verkehr (auch der Automobilverkehr) beschleunigt wird und somit die Unfallgefahr zunimmt. Es gibt also auch eine Kehrseite des Anliegens. Trotzdem macht es Sinn, das Anliegen zu prüfen und darüber zu berichten.

Thomas Noack (SP) betont, die Gemeinden finanzierten ihre Gemeindestrassen mit Steuergeldern. Die bestehenden Strassen sollen möglichst effizient und gut genutzt werden. Je mehr Velos unterwegs sind, desto mehr Entlastung ergibt sich auch für die Autofahrerinnen und Autofahrer. Es ist wichtig, dass der Kanton konzeptionell mithilft und Kriterien zur Einführung von Velostrassen in den Gemeinden erstellt. Ein Prüfen und Berichten des Anliegens ist daher sinnvoll.

Katrin Joos Reimer (Grüne) zeigt sich erstaunt über die Opposition gegenüber der Postulatsüberweisung. Dieses Postulat würde Klarheit schaffen. Von der Einführung von Velostrassen wären nicht alle Quartierstrassen in den Gemeinden betroffen, die Gemeinden würden mit der neuen Möglichkeit aber unter anderem vom Druck entlastet, separate Fahrradwege bauen zu müssen. Eine Signalisationsänderung auf den Gemeindestrassen könnte sehr kostengünstig umgesetzt werden. Trotz dem neuen Verkehrsregime würden nicht alle Velofahrenden zu Raserinnen und Rasern, denn auf Quartierstrassen sind in der Regel auch Fahrzeuge parkiert und die Tempo-30-Zonen gelten auch für E-Bikes. Es geht im aktuellen Vorstoss nicht um die Einrichtung neuer Velowege, sondern um Velostrassen.

Für **Andi Trüssel** (SVP) ist es ein Fakt, dass Velofahrer in ihrer Rolle als Velofahrer nichts bezahlen. Bevor das Postulat überwiesen würde, wäre es wichtig, dass sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer die Regeln kennen und auch eine Prüfung ablegen müssen. Viele wild gewordene Velofahrende kennen die Regeln nicht. So geht es nicht! Alle müssen die Regeln lernen und diese kennen, dann herrscht wieder Ordnung im Staat!

Peter Riebli (SVP) stört sich daran, dass der Kanton die Gemeinden motivieren, zwingen, überzeugen soll, den Rechtsvortritt in den Quartierstrassen abzuschaffen. Beispielsweise wurde dies in Buckten zur Verflüssigung des Verkehrs bereits getan, während in einer Nachbargemeinde der Rechtsvortritt wiedereingeführt wurde. Dieses Anliegen unterliegt der Gemeindeautonomie, hierfür braucht es den Kanton nicht!

Urs Schneider (SVP) hat Respekt vor den Velostrassen. Dort sind nicht nur Velos unterwegs, sondern unter anderem auch Traktoren. Wenn sich Velofahrende zu sicher fühlen, wird schneller gefahren und dann wird es gefährlich. Im Postulat wird als Beispiel für eine Velostrasse die Strecke zwischen Pratteln und Frenkendorf aufgeführt. Auf dieser Strecke ist festzustellen, dass die Velofahrenden sehr schnell unterwegs sind. Es ist dann praktisch unmöglich, beispielsweise mit einem Traktor und Anhänger auf eine solche Strasse einzubiegen. Urs Schneider würde an der bisherigen Regelung festhalten und das Anliegen des Postulats gar nicht erst prüfen.

Caroline Mall (SVP) hat ein ungutes Gefühl beim Gedanken an die im Postulat propagierten Velostrassen. Auch werden sich die Gemeinden nicht erfreut zeigen, wenn sie übergangen werden. Der Veloverkehr wird immer schneller und damit gefährlicher, jedoch sollten auf der Strasse alle aufeinander Rücksicht nehmen: Fussgängerinnen und Fussgänger, Kinder, Tiere, Velos, Motorrä-

der, Autos, Traktoren und vieles mehr. Caroline Mall kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass man sich momentan in Richtung Velostrassen bewege. Sie hat grössten Respekt vor E-Bikes, welche zuweilen in grossem Tempo rechts überholen. Es braucht auf den Strassen Platz für alle und die Sicherheit aller muss gewährleistet sein. Die Rednerin versteht nicht, weshalb gewisse Kreise das schnelle Fortkommen per Velo stets propagieren, denn sie persönlich will es nicht riskieren, plötzlich einen Velofahrer oder eine Velofahrerin auf der Motorhaube zu haben. Die Überweisung von Postulaten zugunsten des schnellen Veloverkehrs an jeder Landrats Sitzung und das Aushebeln der Gemeindeautonomie erachtet sie als gefährlich. So geht es nicht!

Thomas Noack (SP) verweist auf den Postulatstext. Es geht nicht darum, den Gemeinden etwas zu befehlen oder aus jeder Strasse eine Velostrasse zu machen. Das Postulat sagt:

«Ich bitte den Regierungsrat weiter zu prüfen und zu berichten, wie Gemeinden zur Einführung von Velostrassen motiviert werden können und wie diese bei der Ausscheidung, Planung und Umsetzung unterstützt und beraten werden können.»

Der Kanton muss den Gemeinden nichts befehlen, er soll ein Angebot zugunsten der Gemeinden bereitstellen.

Michael Bürgin (Grüne) stellt in der aktuellen Diskussion einen Kulturkampf zwischen Velos und Autos fest. Er selbst fährt jeden Tag von Bennwil nach Münchenstein und in Bubendorf wird ihm von den Automobilistinnen und Automobilisten jedes zweite Mal der Rechtsvortritt verweigert. Es geht aber nicht um einen Kulturkampf, sondern um die Unterstützung und Beratung der Gemeinden. Das Postulat ist daher sehr gut.

Peter Hartmann (Grüne) fährt ab und zu mit dem Velo nach Basel. Dort gibt es einige Velostrassen, beispielsweise in der Engelgasse. Diese wird auch von Autos und einer Buslinie befahren, die Situation ist aber absolut entspannt. Nicht tolerierbar sind allerdings zu schnelle E-Bikes. Mittlerweile können diese im Baselbiet aber kontrolliert und bei Geschwindigkeitsüberschreitungen auch gebüsst werden. Aufgrund der guten Erfahrungen in der Stadt wäre es sinnvoll, den Regierungsrat das Anliegen prüfen und darüber berichten zu lassen.

://: Mit 61:24 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
